

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3183

Geschäftstyp: Interpellation

Titel: **Sonderschulung im Baselbiet: Versorgungslücken, Sparfolgen und fehlende Entlastungsangebote**

Urheber/in: Marc Scherrer

Zuständig: —

Mitunterzeichnet von: —

Eingereicht am: 29. Januar 2026

Dringlichkeit: —

Ein Bericht der Basellandschaftlichen Zeitung vom 17. Januar 2026 zeigt eine bereits seit längerer Zeit angespannte und sich weiter verschärfende Situation in der Sonderschulung im Kanton Basel-Landschaft¹ auf. Trotz formell bestehender Angebote fehlen in der Praxis weiterhin geeignete Schul-, Betreuungs- und Entlastungsplätze für Kinder mit komplexen Behinderungen und hohem Betreuungsbedarf. Besonders betroffen sind Kinder mit herausforderndem Verhalten sowie deren Familien.

Fachpersonen, Trägerschaften und Elternorganisationen halten übereinstimmend fest, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, sondern um strukturelle Versorgungslücken. Gleichzeitig berichten heilpädagogische Schulen von steigenden Fallzahlen, höherem Betreuungsaufwand und zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten. Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Sparmassnahmen kommt es bereits heute zu konkreten Leistungsabbauten, unter anderem bei Therapien, Ferien- und Entlastungsangeboten sowie bei der ausserschulischen Betreuung.

Diese Entwicklungen werfen grundlegende Fragen zur Finanzierung, zur Prioritätensetzung sowie zur Gleichstellung von Kindern in der Sonderschulung gegenüber Regelschülerinnen und -schülern auf. Zudem stellt sich die Frage nach den mittel- und langfristigen Folgen für betroffene Familien sowie für die Sozialwerke insgesamt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die im Bericht der Basellandschaftlichen Zeitung dargestellte aktuelle Situation in der Sonderschulung, insbesondere die fehlenden Schul-, Betreuungs- und Entlastungsplätze für Kinder mit komplexen Behinderungen?

2. Welche Auswirkungen haben Leistungskürzungen in der Sonderschulung aus Sicht des Regierungsrats auf Familienbelastung, spätere Sozialkosten und die Integration der betroffenen Kinder in Ausbildung und Arbeitsmarkt?
3. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass der deutlich gestiegene Betreuungsaufwand, insbesondere bei Kindern mit Eins-zu-eins-Betreuung, durch das bestehende Finanzierungssystem angemessen abgedeckt wird?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat, dass Effizienzsteigerungen primär in der direkten Bildungs- und Betreuungsarbeit verlangt werden, obwohl dort kaum Skaleneffekte möglich sind, während administrative Strukturen ausgebaut werden?
5. Welche Leistungsabbauten bestehen aktuell bereits im Bereich der Sonderschulung und der Familienentlastung, insbesondere ausserhalb der Schulzeiten, in den Ferien und an Wochenenden?
6. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Kinder in der Sonderschulung nicht gegenüber Re-gelschülern benachteiligt werden, insbesondere im Bereich Unterrichtsangebote, Therapien und ausserschulische Betreuung?
7. Welche kurzfristigen und mittelfristigen Massnahmen plant der Regierungsrat, um die Versorgungssicherheit für betroffene Kinder zu gewährleisten und die zunehmende Belastung der Familien wirksam zu reduzieren?